



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

6. Ratssitzung vom 17. Juni 2026

238. 2025/425

Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Michele Romagnolo (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 17.09.2025:

Verzicht auf die Eröffnung einer Kontakt- und Anlaufstelle (K&A) für Personen mit Wohnsitz ausserhalb der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5123/2025):
Schon wieder geht es um eine Sonderleistung, die nicht notwendig ist. Wir sind nicht dazu verpflichtet, für ausserstädtische Bürger eine städtische Leistung bereitzustellen. Wenn ein Crack-Konsument, der in Regensdorf wohnt, ein Problem hat, ist die Stadt Zürich nicht für ihn zuständig. Regensdorf soll sich um ihn kümmern. Es ist nicht unser Problem, dass die Angebote dort nicht vorhanden sind. Man müsste die Leute einfach wegweisen. Wenn jemand auf der Strasse Crack raucht, muss die Polizei seine Personalien aufnehmen und ihn wegweisen. Sitzt er zwei Tage später wieder dort, spielen wir das Spielchen weiter, bis er zermürbt ist und nicht mehr nach Zürich kommt. Handelt es sich dabei um einen Deutschen oder Franzosen, soll er dorthin gehen, wo er herkommt. Das ist nicht unser Problem. In Zürich müssen wir uns um unsere Stadtzürcher kümmern und sicher nicht dem ganzen Kanton unnötige Drogeninfrastruktur bereitstellen. In diesen Einrichtungen wird übrigens unter Aufsicht des Staats gedealt. Wir stellen Raum bereit, damit Leute aus anderen Gemeinden bei uns hochschädliche Drogen konsumieren und Kleinhandel betreiben können. Mit dieser Institution erhalten Sie ein Drogensystem aufrecht und fördern den Verkauf. Das muss man sich einmal vorstellen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sozialdepartements Stellung.

STR Céline Widmer: *Es wird Sie nicht erstaunen, dass der Stadtrat Ihnen empfiehlt, das Postulat abzulehnen. Meines Wissens verkauft die Stadt kein Crack. Tatsache ist, dass das Thema des Drogenkonsums im öffentlichen Raum die Zürcherinnen und Zürcher beschäftigt. Es ist in verschiedenen Quartieren ein Thema. Seit diese Triagestelle geöffnet hat, fand eine Entlastung statt. Das höre ich direkt von den Menschen aus den betroffenen Quartieren. Ich war letzten Freitag an einer Veranstaltung, bei der es genau darum ging. In der Bäckeranlage beobachtet man einen massiven Rückgang des Konsums im öffentlichen Raum. Das hat nicht nur mit der Eröffnung der Stelle zu tun, aber auch. Die*



Forderung, die Stelle zu schliessen, können Sie gegenüber den Menschen in Zürich nicht ernsthaft vertreten. Tatsache ist, dass wir eine Lösung für die Menschen finden müssen, die hier konsumieren, für die eigentlich andere Gemeinden zuständig wären. Wir arbeiten daran und suchen das Gespräch mit den Gemeinden. Der Umgang mit suchtbetroffenen Menschen liegt nicht nur in der Verantwortung der Stadt Zürich. Die Triagestelle nun zu schliessen, würde das Problem aber verschärfen, nicht lösen. Wir müssen mit den Gemeinden zusammen Lösungen finden, da die Stadt Zürich diese Last längerfristig nicht allein tragen kann. Mein Eindruck ist, dass die Entwicklung positiv und die Triagestelle gut angelaufen ist. Sie wird genutzt. Wir werden selbstverständlich alles daransetzen, um für die Betroffenen und die Zürcher Bevölkerung weitere Verbesserungen zu erzielen.

Weitere Wortmeldungen:

Karin Stepinski (Die Mitte): *STR Céline Widmer hat viel von dem vorweggenommen, was ich sagen wollte. Ich weiss wirklich nicht, Samuel Balsiger (SVP), was euch geritten hat. Du warst lange zusammen mit mir in der Sachkommission des Sozialdepartements. Wir haben Kontakt- und Anlaufstellen angeschaut und wurden informiert, wie sie funktionieren. Wir haben beide den Platzspitz noch erlebt. Wir mussten das Elend und die Toten von damals hautnah miterleben. Wir wissen beide ganz genau, dass die Viersäulenpolitik in der Stadt Zürich viel Positives bewirkt hat. Das Viersäulenmodell, von dem die Kontakt- und Anlaufstellen ein Teil sind, ist äusserst wichtig, und wir werden auf der ganzen Welt dafür bewundert. In diesen Kontakt- und Anlaufstellen wird auch triagiert. Dass Leute Drogen im öffentlichen Raum konsumieren, ist nicht gut. Wenn man sie wieder aus der Stadt herausbringen will, muss man aber eine Stelle haben, an der die Triage vorgenommen werden kann. Dafür setzt sich die Die Mitte ein. Ich will festhalten, wie wichtig es ist, dass die Gemeinden in den Agglomerationen ihren Beitrag leisten und schnell entsprechende Angebote auf- und ausbauen. Die Suchtproblematik kann nicht an die Stadt Zürich delegiert werden. Wir wissen aber, dass wir da auf Kurs sind. Darüber hat uns der Stadtrat noch in der alten Legislatur im Sozialdepartement informiert. Wir vertrauen der Stadt sowie dem Departement und lehnen diesen Vorstoss darum dezidiert ab.*

Marita Verballi (FDP): *Die FDP hat sich schon mehrmals kritisch zu gewissen Massnahmen und teilweise auch zum Konsum- und Triageraum in der Enge geäussert. Wir wünschen uns ebenfalls eine spürbare Verbesserung für die Quartierbevölkerung, und dies in absehbarer Zeit. Zürich trägt die Zentrumslast. Das ist eine sehr grosse Herausforderung. Trotzdem unterstützen wir die Forderung nach der Schliessung des neuen Angebots nicht. Man kann noch nicht beurteilen, ob es zu einer massgeblichen Entlastung der Situation beitragen wird. Wir wollen zuerst die Wirkung sehen und kritisch prüfen. Eine sofortige Schliessung ist für uns nicht der richtige Weg und löst kein einziges Problem. Ich weiss nicht, ob die Aussage, der Konsum- und Triageraum hätte zu einem massiven Rückgang der Drogenkonsumproblematik auf der Bäckeranlage geführt, wirklich stimmt. Die Zahlen des Konsum- und Triageraums sind zurzeit nicht so hoch, dass man wirklich von einem massiven Rückgang sprechen kann. Es gab sicher eine Entlastung. Ich war letzten Freitag ebenfalls an dieser Veranstaltung auf der Bäckeranlage. Dort gab es auch Stimmen von Müttern und Vätern, dass es immer noch sehr belastend sei. Die Situation*



hat sich vielleicht spürbar verbessert, aber man kann nicht von einem massiven Rückgang durch den Konsum- und Triageraum reden. Es wird sich ohnehin erst im Sommer zeigen, wie sich die Situation entwickelt. Trotzdem stimmen wir dem Postulat nicht zu.

Rahel Hofstetter (GLP): *Auch wir lehnen das Postulat entschieden ab. In einem Punkt haben wir Sympathie mit dem Anliegen der Postulanten: Es ist unbefriedigend, dass die umliegenden Gemeinden und Kantone ihre Verantwortung nicht wahrnehmen. Wir teilen da die Sorge der Anwohnenden. Die Belastung des öffentlichen Raums ist real. Aber genau deshalb hat die Stadt, wie es STR Céline Widmer gesagt hat, mit dieser temporären Anlaufstelle an der Bederstrasse reagiert. Wir wollen auf den Widerspruch des vorliegenden Postulats hinweisen. Es fordert die sofortige Schliessung dieser Einrichtung. Wenn man die Einrichtung jedoch schliesst, verschwinden die suchtkranken Menschen nicht, sondern weichen lediglich aus. Daher ist ein einseitiger Fokus auf Repression nicht zielführend. Die Forderung nach reiner Vertreibung ist ordnungspolitische Augenwischerei. Vordergründig verspricht das Postulat, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu stärken, in der Realität bewirkt es aber das Gegenteil. An der Bederstrasse kommt die wichtige Säule der Schadensminderung zur konkreten Anwendung: Sie entzieht den Konsum dem öffentlichen Raum und ermöglicht die Triage. Dadurch kann man die Personen, die aus den umliegenden Gemeinden kommen, überhaupt erst erfassen und theoretisch zurückvermitteln. Solange es Drogen gibt, wird es Abhängigkeit geben. Das ist eine schwere Krankheit. Wir wollen den Betroffenen mit Würde begegnen und sie nicht wegschieben.*

Hannah Locher (SP): *Es wurde vieles gesagt, dem sich die SP anschliessen kann. Ich glaube wirklich, dass die Postulanten nicht verstanden haben oder nicht verstehen wollten, was das Ziel dieser Kontakt- und Anlaufstelle ist. Der Raum ist dazu da, Betroffenen einen sicheren Ort für den Konsum zu bieten, ihre Situation zu klären und – wenn nötig oder möglich – eine Weitervermittlung voranzutreiben. Umliegende Gemeinden stehen hierbei ebenfalls in der Verantwortung. Dafür bedarf es eines Dialogs mit diesen Gemeinden, was bereits umgesetzt wird. Es ist Fakt, dass in den letzten Jahren ausserhalb der Stadt Zürich zahlreiche Angebote abgebaut wurden. Notschlafstellen, betreutes Wohnen und niederschwellige Anlaufstellen sind an vielen Orten verschwunden. Es ist keine nachhaltige Lösung und mit der Drogenpolitik der Stadt Zürich nicht vereinbar, Menschen einfach an Orte weiterzuschicken, an denen ihnen keine Räume zur Verfügung stehen. Darum reagiert die Stadt mit bewährten Massnahmen, wofür es genügend Unterstützungsangebote und genau solche Anlaufstellen braucht. Die Erfahrung zeigt, dass Repression allein das Problem nicht löst. Aus diesen Gründen lehnen wir das Postulat ab.*

Michele Romagnolo (SVP): *Wir wissen alle, dass die Situation rund um die Bäckeranlage sowie im Bereich des Hauptbahnhofs und der Sihlpost nicht mehr tragbar ist. Die Anwohnerinnen und Anwohner sind seit längerer Zeit massiv mit Einbussen an Lebensqualität, unhaltbaren Zuständen im öffentlichen Raum und einem stark erhöhten Unsicherheitsgefühl konfrontiert. Es stimmt natürlich nicht, dass die Bevölkerung zufrieden ist. Die Bevölkerung im Quartier leidet unter der dauerhaften Präsenz von Dealern, dem offenen Konsum von Freebase- und Crack-Drogen, Lärm, Verschmutzung und Bedrohungs-*



situationen sowie an einer faktischen Einschränkung der freien und angstfreien Bewegung im eigenen Wohnumfeld. Statt diese Zustände konsequent zu bekämpfen, setzt der Stadtrat auf die Eröffnung einer weiteren Kontakt- und Anlaufstelle für auswärtige Drogenkonsumenten. Auch wenn diese Einrichtung anders genannt wird, ändert das nichts am tatsächlichen Charakter des Angebots. Faktisch handelt es sich um einen weiteren Ausbau der niederschweligen Drogeninfrastruktur. Statt gegen Dealer und illegalen Drogenhandel vorzugehen, wird ein Angebot geschaffen, das mit Verpflegung, Unterhaltungsmöglichkeiten und Begleitprogrammen zusätzliche Anreize setzt. Für die betroffene Bevölkerung ist das nicht nachvollziehbar und wird als Realitätsverweigerung wahrgenommen. Die Stadt darf nicht zu einem Anziehungspunkt für Drogenkonsumenten und Kriminalität werden. Wir sprechen uns klar für eine medizinische Erstversorgung auch von auswärtigen Drogenkonsumenten aus. Diese muss aber zwingend mit dem Grundsatz verbunden sein, dass die betroffene Person wieder in ihren Wohn- und Heimatort zurückgeführt wird. Zürich ist weder ein Schlaraffenland noch ein dauerhaftes Auffangbecken für Probleme, die andere Gemeinden nicht lösen können. Die Bevölkerung zahlt den Preis für diese Politik mit ihrer Sicherheit, ihrer Lebensqualität und dem Vertrauen in die Behörden. Viele Anwohner haben einfach genug. Es ist nicht akzeptabel, dass gesetzestreue Bürgerinnen und Bürger sich im öffentlichen Raum ständig unsicher fühlen oder Angst haben müssen, belästigt oder bedroht zu werden. Daher ist das Postulat anzunehmen. Es schafft die notwendigen Grundlagen, um das Vorhaben kritisch zu überprüfen, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden und falls nötig korrigierend einzugreifen.

Julia Hofstetter (Grüne): Wir Grünen schliessen uns an. Es ist etwas langweilig, dass wir so lange einen Vorstoss der SVP diskutieren müssen, der eigentlich nur provoziert. Eine Stadt ist ein Ort, an den Leute hinkommen und wo Leute sind. Sie kommen auch von ausserhalb. Eine Stadt ist ein Schmelztiegel. Sonst müsste man sagen, die schnellen Autos müssen draussen bleiben, wir brauchen kein Opernhaus oder Kunsthaus. Wir übernehmen die Verantwortung für das, was ist. Mit der Triage ist auch die Idee verbunden, dass man mit den Gemeinden in den Dialog tritt, damit diese ihre Verantwortung übernehmen. Wir sind dafür, dass die Kontakt- und Anlaufstelle ihre gute Arbeit fortsetzt.

Samuel Balsiger (SVP): Sie erwähnen immer so lobend, was Sie nach dem Problem am Platzspitz geschaffen haben. Dabei war es Ihre Kultur in den 60er- und 70er-Jahren, die Drogen verherrlicht hat. Und welch ein Wunder: In den 80er-Jahren folgte dann ein grosses Drogenproblem, nachdem Sie 20 Jahre lang Drogen in den Himmel gelobt und es quasi als Gesellschaftsmodell dargestellt haben, dass man sich Crack und Heroin in die Venen spritzt. Wir wollen nicht, dass es keine dieser Stellen für Stadtzürcher gibt. Aber warum sollten wir in der Stadt Zürich dafür verantwortlich sein, Infrastruktur für andere Gemeinden bereitzustellen? Es gibt eine einfache Lösung: Die Kontakt- und Anlaufstelle für Nicht-Zürcher muss sofort aufgelöst werden. Wenn die Polizei jemanden sieht, der Crack dealt oder konsumiert, nimmt sie seine Personalien auf. Wenn diese vor Ort nicht abgeklärt werden können, wird die Person auf die Wache mitgenommen. Wenn die Person kein Stadtzürcher, also nicht beim Meldeamt der Stadt Zürich eingetragen ist, wird sie aus der Stadt Zürich weggewiesen. Wenn sie zwei oder drei Tage später wieder am gleichen Ort ist, schickt die Polizei die Leute wieder weg. Das tun wir so lange, bis der



Drogenkonsument aus Regensdorf oder Dübendorf keine Lust mehr hat. Es ist ganz einfach. Sie müssen nur die bestehenden Regeln durchsetzen. STR Céline Widmer will nicht wissen, dass unter Aufsicht des Staats mit Crack und Freebase gedealt wird. Sowohl die Polizei als auch der Stadtrat wissen, dass dort illegale Substanzen verkauft werden und die Drogenkartelle ihre Kleindealer dorthin schicken. Der Stadtrat unternimmt nichts. Sie fördern die Crack-Szene, indem Sie Infrastruktur bereitstellen, in der überdacht, ohne komische Blicke und unter Aufsicht der Polizei mit Crack und Freebase gedealt werden kann. Hören Sie auf mit dem staatlich erlaubten Kleinhandel und schicken Sie die Leute, die nicht in der Stadt Zürich wohnen, weg. Um diejenigen, die in der Stadt Zürich gemeldet sind, kümmern wir uns. Dafür haben wir die Anlaufstelle für Stadtzürcher. Wir von der SVP haben im März 2023 als erste auf das Problem hingewiesen, dass sich hier eine offene Crack-Szene bildet. Wir haben einen Vorstoss eingereicht. Weil er von der SVP kam, hat man aber nichts unternommen. Erst danach hat sich eine offene Drogenszene gebildet. Hätte man von Anfang an auf die SVP gehört, hätte man stärker auf Repression gesetzt. Denn das Viersäulenmodell beinhaltet eben auch Repression, nicht nur Verhätscheln. Leute, die nicht hier gemeldet sind, müssen weggewiesen werden. Das ist keine Provokation, sondern die Durchsetzung rechtsstaatliche Regeln.

Moritz Bögli (AL): *Ich finde diese Debatte immer wieder schade, hauptsächlich, weil sie sich nur auf den öffentlichen Raum fokussiert. Es geht immer irgendwie darum, dass die Anwohnenden des Quartiers sich in dieser offenen Drogenszene befinden. Wenn die Politik über den Betäubungsmittelkonsum redet, spricht man eigentlich fast nie von den Betroffenen, von den suchtkranken Menschen, die aufgrund ihrer Sucht täglich Drogen konsumieren. Ich glaube, deren Schutz und Gesundheit sollten eine zentrale Maxime des städtischen Handelns sein, unabhängig davon, woher sie kommen. Die Leute sind nun einmal da und es ist nur menschlich, einen schadensmindernden Ansatz zu verfolgen. Deshalb lehnen wir das Postulat natürlich ab. Das, was die SVP vorschlägt, funktioniert nicht. Genau das hat die Stadt Bern in den 90er-Jahren praktiziert. Da hat man die Personen aufgegabelt, am Abend in den Zug gesetzt und sie aus der Stadt ausgeschafft. Sie kamen am nächsten Tag einfach wieder nach Bern. Das ist in keiner Form zielführend. Gleichzeitig zeigt sich, dass die SVP nicht versteht, wie die Drogenpolitik in der Schweiz aufgebaut ist. Sie von der SVP sagen, wir bräuchten unbedingt mehr Repression und wir gäben viel zu viel Geld für die Schadensminderung aus. Der Bundesrat hat dazu Stellung genommen. In der Schweiz fließen 61 Prozent aller Ausgaben in diesem Bereich in die Säule der Repression. In die Schadensminderung, über die wir hier sprechen, fließen gerade einmal 5 Prozent. Zu behaupten, wir täten nichts für die Repression und würden zu viel Schadensminderung betreiben, ist ein Hohn. Aber das interessiert Sie ja nicht, weil Sie die Leute einfach abschieben wollen. Sie wollen sie nicht hier haben, weil Sie sie nicht sehen wollen. Das Wohl dieser Leute interessiert Sie nicht. Das ist unmenschlich. Natürlich muss man mit den umliegenden Gemeinden Lösungen suchen. Aber zu sagen, es fehle an Repression, ist schlicht falsch. Dieser Vorstoss ist einfach nur populistisch. Immerhin ist in der Schweiz aufgrund der Erfahrungen der 90er-Jahre in Zürich doch noch ein bisschen Realitätsnähe vorhanden, zumindest bei den anderen Parteien.*



Dr. David García Nuñez (AL): Süchtig sind immer die anderen. Wir sind es nie. In Spanien und Grossbritannien wurden die Parlamente auf Drogenkonsum untersucht. Sie würden staunen, wie viele Politikerinnen und Politiker Drogen konsumieren. Das gilt auch für diesen ehrwürdigen Rat. Es zeigt sich zum Beispiel, wenn wir eine Doppelsitzung haben und die Fraktionen eins trinken gehen. Man sieht, wie stark die Promillewerte nach der Pause steigen. Aber süchtig sind immer die anderen. Die SVP spricht über süchtige Menschen, als wären sie Zalando-Pakete, die man zurückschicken kann, wenn man sie nicht will. Aus den Augen, aus dem Sinn. Als wären die suchtbetroffenen Menschen nicht unsere Väter, Mütter, Geschwister oder Freund*innen. Als wären diese Leute keine Menschen. Der Umgang mit Sucht ist nicht einfach, Samuel Balsiger (SVP) und Michele Romagnolo (SVP). Das kann ich Ihnen als Psychiater bestätigen. Es ist weder für die Anwohnenden noch für STR Céline Widmer oder die Polizei einfach. Niemand will sich wirklich um Sucht kümmern. Darum sind wir als Politiker*innen gefordert, etwas zu tun, das das Problem lösen könnte. Heute wäre eigentlich der Tag, an dem die SVP stolz etwas präsentieren könnte, das die Schweiz geschaffen hat: die Viersäulenpolitik. Das finden Sie weltweit an keinem anderen Ort. Das wäre ein Moment, in dem Sie mit Hellebarden und Schweizerkreuzen Lobreden auf die Schweiz halten könnten. Stattdessen ziehen Sie es vor, so zu tun, als ob Sie ignorant wären und von nichts wüssten. Als wüssten Sie nicht, dass eine Sucht nicht einfach ein Laster, sondern eine mentale, psychiatrische Störung ist. Als wüssten Sie nicht, dass Süchtige sterben und es Tote gibt. Das Einzige, was Ihnen in den Sinn kommt, ist das Problem wegschieben, ganz nach dem Prinzip «not in my backyard». Dabei hat die SVP eine Regierungsrätin, die im Kanton für dieses Problem zuständig ist. Wann haben Sie das letzte Mal mit RR Natalie Rickli darüber gesprochen? 48 Sitze im Kantonsrat sind von der SVP besetzt, von denen viele in ihren Gemeinden für das Sozialwesen verantwortlich sind. Ich bin mit Ihnen einig, dass die Stadt Zürich nicht dazu da ist, alle Probleme des Kantons zu lösen. Sie könnten wirklich etwas Produktives anstossen, anstatt uns mit pseudoprovokativen Vorstössen zu langweilen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sozialdepartements Stellung.

STR Céline Widmer: Liebe SVP-Fraktion, wir werden uns nicht einig. Der Stadtrat und die Gemeinderatsmehrheit stehen hinter der Viersäulenpolitik. Wir sind von ihrer Richtigkeit überzeugt. Vielleicht kann ich Sie überzeugen. Ich komme zwar aus Bern, wohne aber in der Nähe der Bäckeranlage. Ich lade Samuel Balsiger (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) ein, mit mir ein Bier oder einen Kaffee auf der Bäckeranlage zu trinken. Das tue ich regelmässig. So kann ich Ihnen vielleicht zeigen, dass es nicht nur das Bild des öffentlichen Raums in Zürich gibt, das Sie propagieren. Ja, es gibt Probleme. Ich weiss das, weil ich dort wohne. Ich weiss auch, dass es für viele Leute und Kinder eine Belastung ist. Aber das Bild eines so schlimmen Ortes möchte ich persönlich widerlegen.

Das Postulat wird mit 15 gegen 101 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



7 / 7

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat